

Anfrage EVP-GLP-Mitte-Fraktion

Inwiefern entfaltet der Inhalt der Abstimmungsbotschaft eine Rechtswirkung in Bezug auf spätere Investitionsentscheide?

An der Parlamentssitzung vom 16. März 2026 wurde die Volksvorlage «Kauf Liegenschaft Gartenstadtstrasse 1-5» behandelt. Dabei wurde von der GLP-EVP-Mitte-Fraktion folgender Rückweisungsantrag gestellt:

Der Kauf der Liegenschaft Gartenstadtstrasse 1-5 wird ohne Verknüpfung mit einem Verwaltungsstandort als "Landgeschäft zur strategischen Entwicklung des Areals Bahnhof-West" ausgearbeitet. Die strategischen Ziele und die Risiken sind aufzuzeigen.

In ihrem Votum äusserte sich die Gemeindepräsidentin Tanja Bauer als Vertreterin der Bestellerdirektion eines Verwaltungsneubaus wie folgt:

- Wenn in der Abstimmungsbotschaft nicht geschrieben sei, dass die Absicht bestehe, in der Liegenschaft Gartenstadtstrasse 1–5 ein Verwaltungszentrum zu bauen, so sei es rechtlich unzulässig, später (bzw. «nach einem halben Jahr») einen Kredit zum Bau eines Verwaltungsstandorts in dieser Liegenschaft zu beantragen.
- Wenn die Liegenschaft Gartenstadtstrasse 1–5 mit der Aussicht erworben werde, dort ein Verwaltungszentrum zu bauen, so müsse dies aus rechtlichen Gründen in der Abstimmungsbotschaft erwähnt werden.
- Der seitens EVP-GLP-Mitte-Fraktion beantragte Rückweisungsantrag führe aus rechtlichen Gründen dazu, dass die Liegenschaft Gartenstadtstrasse 1–5 nach einem allfälligen Kauf nicht für ein Verwaltungszentrum benutzt werden dürfe.

In diesen Äusserungen wurde eindeutig und wiederholt festgehalten, dass es sich um rechtliche Gründe handle. Diese sind der Antragstellerin bei der vorgängigen Prüfung durch die Fachstelle Recht nicht mitgeteilt worden. Der Rückweisungsantrag wurde aus rechtlicher Sicht als «zulässig» befunden.

Der Gemeinderat wird um die Beantwortung folgender Frage gebeten:

- Auf welche konkreten Rechtsgrundlagen beziehen sich obige Äusserungen?

Liebefeld, 30. März 2026

Sandra Röthlisberger

